

BVVP • WÜRTTEMBERGISCHE STRASSE 31 • 10707 BERLIN

## Pressemitteilung

### **„Versorgung nicht kaputtsparen!“ – Psychotherapeut\*innen protestieren am 8. Juni gegen das GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz**

**Berlin, 29.05.2026.** Mit einer bundesweiten Protestaktion wenden sich Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten am 8. Juni gegen das geplante GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz der Bundesregierung. Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten e. V. (bvvp) begrüßt ausdrücklich die Empfehlungen des Gesundheitsausschusses des Bundesrates zum GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz, warnt wie dieser vor den Folgen der vorgesehenen Einsparmaßnahmen für die Versorgung psychisch kranker Menschen und fordert grundlegende Nachbesserungen im weiteren Gesetzgebungsverfahren.

Nach Auffassung des bvvp drohen durch die geplanten Regelungen erhebliche Verschlechterungen in der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung. Besonders kritisch bewertet der Verband die vorgesehene Budgetierung psychotherapeutischer Leistungen sowie die geplante Abschaffung von Zuschlägen für Kurzzeittherapien.

„Die psychotherapeutische Versorgung steht bereits unter einem erheblichem Druck. Weitere Honorareinschnitte und die geplante Budgetierung würden die Situation verschärfen und den Zugang zu einer notwendigen Behandlung zusätzlich erschweren“, mahnt Mathias Heinicke, Bundesvorsitzender des bvvp. „Psychische Erkrankungen gehören zu den großen gesundheitlichen Herausforderungen unserer Zeit. Gerade deshalb“, so fordert Heinicke, „braucht es eine Stärkung der Versorgung statt weitere Kürzungen.“

Der bvvp begrüßt ausdrücklich die Empfehlungen des Gesundheitsausschusses des Bundesrates zum GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz: Der Ausschuss spricht sich gegen die geplante Budgetierung psychotherapeutischer Leistungen und die Abschaffung der Zuschläge für Kurzzeittherapien aus. In seiner Begründung warnt er vor einer Verschärfung des bereits bestehenden Engpasses bei den Therapieplätzen mit einer weiteren Verlängerung der Wartezeiten sowie vor einem Rückgang des psychotherapeutischen Angebots.

„Die Einschätzung des Gesundheitsausschusses des Bundesrates bestätigt die Kritik, die von den psychotherapeutischen Berufsverbänden seit Monaten vorgetragen wird. Besonders vor noch längeren Wartezeiten und der weiteren Verknappung von Therapieangeboten muss gewarnt werden“, betont Heinicke. „Diese Hinweise dürfen im weiteren Gesetzgebungsverfahren keinesfalls ignoriert werden!“

Darüber hinaus unterstützt der bvvp die Forderung des Bundesrates, die strukturellen Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung konsequenter anzugehen. Dazu gehörten insbesondere eine angemessene Finanzierung der

## VORSTAND

### VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Mag. rer. nat.  
Mathias Heinicke  
Psychologischer Psychotherapeut

### STELLV. VORSITZENDE

Dipl.-Psych. Ulrike Böker  
Psychologische Psychotherapeutin

### STELLV. VORSITZENDER

Dr. phil. Bernd Aschenbrenner  
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut

Dipl.-Psych. Rainer Cebulla  
Martin van Ackern

### KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. med. Andreas Kramer

### VORSTANDSBEAUFTRAGTE

Ariadne Sartorius

## KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle  
Württembergische Straße 31  
10707 Berlin

Telefon 030 88725954  
Telefax 030 88725953  
bvvp@bvvp.de  
www.bvvp.de

## BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG  
IBAN:  
DE69100900002525400002  
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID  
DE77ZZZ00000671763

Gesundheitsversorgung von Bürgergeldbeziehenden sowie eine stärkere Beteiligung des Bundes an versicherungsfremden Leistungen. Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung dürfe nicht einseitig durch Leistungskürzungen in der Patientenversorgung stabilisiert werden.

Das Gesetz befindet sich weiterhin im parlamentarischen Verfahren. Änderungen sind daher möglich. Der bvvp fordert die Bundesregierung, Bundesgesundheitsministerin Nina Warken, Bundeskanzler Friedrich Merz sowie die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag auf, die Empfehlungen des Gesundheitsausschusses des Bundesrates aufzugreifen und die geplanten Einschnitte in der psychotherapeutischen Versorgung zurückzunehmen.

„Die Empfehlungen des Gesundheitsausschusses zeigen deutlich, dass die geplanten Regelungen erhebliche Risiken für die Versorgung mit sich bringen. Bundesregierung und Bundestag sind nun aufgefordert, die Warnungen ernst zu nehmen und den Gesetzentwurf entsprechend zu korrigieren. Psychotherapeutische Versorgung braucht Verlässlichkeit, Planungssicherheit und eine Finanzierung, die dem tatsächlichen Versorgungsbedarf gerecht wird“, unterstreicht Heinicke.

**Die psychotherapeutische Versorgung ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Leistungskürzungen in diesem Bereich sind gesundheitspolitisch nicht vertretbar.**

Mit den Protesten am 8. Juni setzen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten bundesweit ein deutliches Zeichen gegen eine Gesundheitspolitik, die notwendige Versorgung gefährdet und bestehende Versorgungsprobleme weiter verschärft.

Weitere Informationen zu den Protestaktionen finden Sie auf unserer Homepage-Sonderseite:  
<https://bvvp.de/jetzt-wird-es-laut/>

Unterstützen Sie auch unsere **Change.org-Petition – „Bürgergeld-GKV-Kosten komplett aus Steuern finanzieren“**, sodass ein entscheidender Vorwand für Leistungs- und Honorarkürzungen in der Psychotherapie entfallen kann. Hier können Sie unterzeichnen: <https://t1p.de/6ehsn>

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut\*innen einsetzt. In ihm haben sich etwa 6.000 Ärztliche Psychotherapeut\*innen, Psychologische Psychotherapeut\*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

Die Pressemitteilung finden Sie auch auf unserer Internetseite:  
<https://bvvp.de/positionspapiere/>

Für den bvvp

Dipl.-Psych. Mag.rer.nat. Mathias Heinicke  
Vorsitzender des bvvp-Bundesverbands

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

Anja Manz – bvvp Pressesprecherin  
Württembergische Straße 31  
10707 Berlin  
Tel. + \*49 30 88 72 59 54 / Mobil + \*49 177 6575445  
E-Mail: [presse@bvvp.de](mailto:presse@bvvp.de)